

Litauen

Tobias Etzold

Wichtige Themen in der litauischen Politik waren 2015 und 2016 die EU-Flüchtlingspolitik, das Brexit-Votum der Britinnen und Briten sowie die nationale Sicherheit und die NATO-Entscheidung, rotierende Truppen in Litauen zu stationieren.

Flüchtlingspolitik

Wie die anderen ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten nimmt auch Litauen im Vergleich zu vielen westlichen Ländern nur wenige Flüchtlinge auf und sieht sich primär als Transitland. 2015 wurde in Litauen nur ein Asylantrag pro 10.000 Einwohner gestellt.¹ Litauen gehört damit zu den EU-Staaten mit den niedrigsten Aufnahmequoten. Die geringe Aufnahmebereitschaft brachte den mittel- und osteuropäischen Ländern vielfach den Vorwurf mangelnder Solidarität ein, die sie ihrerseits zum Beispiel in der Russlandfrage gerne für sich einfordern. Litauen begründete seinen Widerwillen, außereuropäische Flüchtlinge aufzunehmen damit, dass das Land viele Einwanderer aus der Ukraine, Weißrussland und Russland aufgenommen habe. Laut Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė sei das Land zudem nur begrenzt fähig, Einwanderer zu integrieren, insbesondere weil es ihm weitgehend an Erfahrungen im Zusammenleben von verschiedenen Kulturen und Religionen fehle. Die Erfahrungen, die man mit Multikulturalismus in der Sowjetzeit gemacht hat, haben eine eher negative Konnotation, da die Ansiedlung von vor allem Russinnen und Russen im Land von außen aufgezwungen war.² Ministerpräsident Algirdas Butkevičius unterstützte grundsätzlich den Solidaritätsgedanken in der Flüchtlingsfrage, forderte aber, dass auch das realistische Potential eines Landes, Flüchtlinge zu integrieren, berücksichtigt werden müsse.³

Im Herbst 2015 stimmte die litauische Regierung zu, im Rahmen der von der Europäischen Union vereinbarten Verteilung von Flüchtlingen rund 1.100 Menschen aufzunehmen.⁴ Ursprünglich war sie nur zur Aufnahme weniger hundert Menschen bereit gewesen. Eine Erhöhung dieser Zahl wurde jedoch ausgeschlossen. Ebenso opponiert Litauen gegen einen permanenten und verbindlichen Verteilungsmechanismus. Mitte Dezember 2015 trafen die ersten aus Griechenland umgesiedelten Flüchtlinge aus dem Irak in Litauen ein. Gegenüber dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei äußerte sich Staatspräsidentin Grybauskaitė skeptisch. Dieser sei in der Umsetzung kompliziert und teuer.⁵

1 Pro Asyl: Fakten, Zahlen und Argumente, abrufbar unter: <https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/> (letzter Zugriff: 11.8.2016).

2 Rudolf Hermann: Der Kreml versteht nur Klartext, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.2015.

3 Linas Kojala: Wahrnehmung der Flüchtlingskrise in Litauen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23.10.2015, abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.42968/> (letzter Zugriff: 11.8.2016).

4 Kojala: Wahrnehmung der Flüchtlingskrise in Litauen, 2015.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Im Gespräch: Dalia Grybauskaitė, Staatspräsidentin Litauens, über die Flüchtlingskrise, Russland und die Nato, 22.4.2016.

Litauische Reaktionen auf den Brexit

Die litauische Regierung bedauerte das Votum der Mehrheit der Britinnen und Briten, aus der Europäischen Union austreten zu wollen. Großbritannien ist für Litauen ein wichtiger politischer Verbündeter und siebtgrößter Handelspartner. Zudem leben circa 200.000 Litauerinnen und Litauer in Großbritannien, für deren Verbleib dort in den Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union eine einvernehmliche Lösung gefunden werden müsse. Litauen ist daran interessiert, dass die Beziehungen so eng wie möglich gestaltet werden, speziell bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik und des europäischen Binnenmarkts.⁶ Außenminister Linas Linkevičius fürchtet jedoch, dass es mit dem EU-Austritt Großbritanniens weniger entschlossene Stimmen in den EU-Russland-Beziehungen geben und der harte EU-Kurs gegenüber Russland aufgeweicht werden könnte.⁷ Das Brexit-Votum ist für ihn daher ein Sieg für Russlands Präsident Wladimir Putin.⁸

Sicherheitspolitik

Seit Beginn der Ukraine Krise 2014 warb Litauen aufgrund der von Russland ausgehenden Bedrohung bei der NATO um die permanente Stationierung von Truppen. Besonders kritisch für Litauens Sicherheit wie für die anderen baltischen Länder ist die kurze Grenze zu Polen, der sogenannte ‚Suwalkikorridor‘, eingeklemmt zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Weißrussland, der von Russland ohne weiteres blockiert werden könnte und damit das gesamte Baltikum vom Rest Europas isolieren würde. Litauen setzt gegenüber Russland daher primär auf militärische Abschreckung. Auf ihrem Gipfeltreffen in Warschau im Juli 2016 beschloss die NATO, dass zwar keine permanenten, aber immerhin rotierende NATO-Truppen in Stärke von 1.000 Mann unter deutscher Führung in Litauen stationiert werden. Zwar ist sich Litauen bewusst, dass diese eher kleine Truppenpräsenz in erster Linie eine symbolische Bedeutung hat, aber gerade diese Symbolik ist von großer Wichtigkeit für ein kleines Land in Europas Peripherie und würde dem Ziel der Abschreckung schon genügen.⁹ Litauen ist weiterhin bereit, seinen eigenen Beitrag zu leisten und seinen Bündnisverpflichtungen nachzukommen und erhöht stetig seine Verteidigungsausgaben. Diese erreichten 2016 1,5 Prozent der jährlichen Gesamtwirtschaftsleistung. Bis 2018 soll die NATO-Vorgabe von 2 Prozent erreicht werden.

Fazit

Litauen sah sich im vergangenen Jahr und sieht sich auch in der näheren Zukunft mit großen Herausforderungen konfrontiert. Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist das Land bereit, solidarisch einen Beitrag in Fragen wie Sicherheit und Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten, macht dabei aber auch regelmäßig klar, dass seine Kapazitäten begrenzt sind.

Weiterführende Literatur

Linus Kojala: Wahrnehmung der Flüchtlingskrise in Litauen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 23.10.2105.

6 Government of the Republic of Lithuania: Press releases. Prime Minister: Lithuania is interested to maintain closest possible EU-UK relations, 27 June 2016.

7 EurActiv: Angst vor Russland: Litauen will Beziehungen zu Großbritannien retten, 28.6.2016.

8 Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Lithuania: Brexit's Ripple Effect: Lithuanian Foreign Minister on Impact to the European Union, 28.6.2016.

9 Vgl. auch im Folgenden Konstantin von Hammerstein: Wir müssen Putins Paranoia ernst nehmen, in: Spiegel Online, 10.7.2016.